

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,
Wirtschaft und Gleichstellung
am Mittwoch, dem 30.08.2023, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:37 Uhr**

		Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht der Verwaltung	5
3.	Überlegungen des Bundes für eine Zuständigkeitsverlagerung U25 ins SGB III	146/2023 6
4.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	147/2023 7
5.	Sachstand Bürgergeld	148/2023 8
6.	Sachstand zum Antrag der CDU-Kreistagsfraktion "Sprachförderung als Grundlage zur Arbeitsmarktintegration"	149/2023 9
7.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Förderung von Frauen im Handwerk"	169/2023 10

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Bas, Ali
Budde, Heinrich
Fiedlers, Nils
Geiger, Andrea
Hollenhorst, Elisabeth K.
Kirchhoff, Norbert
Kocker, Dennis
Lehnert, Susanne, Dr.
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schmedding, Josef
Schubert, David
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
stellv. Ausschussmitglieder
Hamann, Maria
von der Verwaltung
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Beier, Susanne
Böttger, Pascal
Diekhoff, Katrin
Seidel, Ansgar, Dr.

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Freiwald, Klaudius
Schulte, Stephan
Wamba, Gilbert
Zimmermeyer-Schürmann, Heike

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie verweist auf den Antrag der Kreisfraktion B90/Die Grünen vom 19.08.2023, der mit Mail vom 23.08.2023 nachgeschickt worden ist. Der Antrag erweitert die Tagesordnung um den neuen TOP 7. Einwände gegen diese Erweiterung gibt es nicht.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Bericht der Verwaltung

Der Leiter des Jobcenters, Dr. Ansgar Seidel, berichtet anhand der als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint-Präsentation über verschiedene aktuelle Punkte. Er erklärt, dass aktuell viele Themen im Fokus des Jobcenters stünden, die eine hohe Dynamik aufweisen. So führt er auf Wunsch der Vorsitzenden in das Thema future@work ein und macht noch einmal Werbung für die bevorstehende Entdeckungstour durchs Handwerk, die am 14.09.2023 in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf veranstaltet werden soll. In Bezug auf die voraussichtliche Mittelverteilung 2024 vonseiten des Bundes bleibe die Lage, wie bereits in vorherigen Sitzungen angesprochen, angespannt. Weniger Geld für mehr Leistungsberechtigte werde die Jobcenter-Arbeit natürlich beeinflussen, und die Unklarheit erschwere die Planungen für 2024 erheblich. Auch die Überlegungen zur Einführung der Kindergrundsicherungen seien sehr dynamisch.

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Überlegungen des Bundes für eine Zuständigkeitsverlagerung U25 ins SGB III

146/2023

Der Leiter des Jobcenters, Dr. Ansgar Seidel, erläutert die Befürchtungen bezüglich der geplanten Zuständigkeitsverlagerung der Betreuung von U25jährigen in das SGB III. Die Verlagerung beende ein funktionierendes System, um ein neues aufzubauen, während bundesweit im Ergebnis nicht weniger Geld ausgegeben werde. Zwar sei es aufgrund der Leistungsnatur im SGB III (Versicherungsleistung) und SGB II (Sozialhilfe) nicht möglich, Aufgaben „zu den jungen Menschen“ in den Jobcentern zu bringen, die Verlagerung dieser Personengruppe stoße aber aus Fachkreisen auf Kritik. Der Landrat des Kreises Warendorf, Dr. Olaf Gericke, habe aus diesem Grund ein Anschreiben an die Mitglieder des Bundes- und Landtags sowie an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreisgebiet verfasst, das den Ausschussmitgliedern bereits vorliege, hier aber noch einmal vorgestellt werden solle.

Herr Kocker (SPD) warnt bei allem Respekt vor der guten Arbeit des Jobcenters vor Unsachlichkeit und Verallgemeinerung in Bezug auf dieses Thema. Er kritisiert, die Formulierungen seien teilweise zu drastisch und die verkürzte Darstellung werde der Sache nicht gerecht. Auch sei er zuversichtlich, dass die Zuständigkeitsverlagerung nicht komme, weil auch die Bundes-SPD diese mehrheitlich ablehne. Zudem weist er darauf hin, dass der Verwaltung seit gestern ein Schreiben des MdB Daldrup vorliege, das bitte dem Protokoll beigelegt werden möge (**s. Anlage 2**). Am 11.09.2023 ging außerdem ein Schreiben des MdB Rehbaum ein, das ebenfalls beigelegt wird (**s. Anlage 3**).

Herr Kocker möchte außerdem wissen, wie viele Personen ins SGB III wechseln würden und welche Aufgaben die Bundesagentur für Arbeit nicht ebenso gut bewältigen könne, wie das Jobcenter. Herr Dr. Seidel bittet zu beachten, dass das Anschreiben des Landrats natürlich nicht die volle Komplexität des Themas darstellen könne. Deshalb habe man auch die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände dem Schreiben hinzugefügt. Aktuell wären ca. 2.000 junge Menschen betroffen. Beim jetzt beginnenden Ausbildungsjahr gebe es im Jobcenter 13 Unversorgte. Eine Berufsberatung, auf die die Bundesagentur für Arbeit am besten vorbereitet sei, sei hier aber nicht ausreichend, da 12 der 13 Personen in erster Linie soziale Vermittlungshemmnisse hätten. Herr Dr. Seidel betont, dass er die Arbeit der Bundesagentur nicht kritisiere. Er sehe allerdings ein Zerschlagen bewährter Strukturen kritisch, da dies in der Gesamtschau unwirtschaftlich sei.

Auch Herr Schulze Westhoff (CDU) gibt an, das Beibehalten bewährter Strukturen ausdrücklich zu unterstützen und möchte sichergehen, dass die Einzahlerinnen und Einzahler in die Arbeitslosenversicherung nicht belastet werden. Als ein Beispiel für eine solche Struktur erläutert die Sozialdezernentin, Dr. Anna Arizzi Rusche, die intensive Zusammenarbeit zwischen Jobcenter, Jugendamt und sozialpsychiatrischem Dienst, die es ermögliche auf kurzem Weg Gutachten und Unterstützung zu erhalten. Herr Dr. Seidel betont, dass dies insbesondere bei den kommunalen Jobcentern die Nähe zu den kommunalen Strukturen von besonderem Vorteil sei.

4.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	147/2023
-----------	---	-----------------

Dr. Seidel stellt anhand der als **Anlage 4** beigefügten PowerPoint-Präsentation die aktuelle Lage im Jobcenter Kreis Warendorf dar. Dabei gibt er u.a. an, dass eine steigende Arbeitslosenquote das Geschäft des Jobcenters schwieriger machen würde. Neu in die Arbeitslosigkeit geratene Menschen seien dem Arbeitsmarkt in der Regel näher und würden langfristig Arbeitslosen häufig bei Einstellungen vorgezogen werden. Die Quote der Personen im Rechtskreis SGB II sei mit 3,7 % so hoch wie zuletzt 2018 und weise eine steigende Tendenz auf. Auch die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nehme langsam, aber beständig zu. Dies sei in erster Linie nicht auf einen Zustrom ukrainischer Flüchtlinge zurückzuführen, deren Anzahl im Saldo konstant sei, sondern auf Flüchtlinge aus anderen Herkunftsländern.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) dankt Herrn Dr. Seidel für den Vortrag und möchte wissen, in welchen Bereichen die meisten freien Arbeitsstellen zu finden seien. Herr Dr. Seidel und die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Susanne Beier, erklären, dass einzelne Bereiche sich nicht abzeichnen würden. Vielmehr gebe es freie Stellen in allen Bereichen.

5. Sachstand Bürgergeld

148/2023

Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Susanne Beier, berichtet anhand der als **Anlage 5** beigefügten PowerPoint-Präsentation über die Änderungen im Rahmen des Bürgergeldgesetzes zum 01.07.2023. Über die Änderungen zum 01.01.2023 war bereits in der Sitzung am 08.03.2023 berichtet worden. Den Fokus legt sie auf die beiden größten Änderungen in Form der Weiterbildungsregelungen und des Kooperationsplans mit darauf fußender Einrichtung einer Schlichtungsstelle.

Herr Bas (B90/Die Grünen) fragt, inwieweit der erhöhte Freibetrag für Ehrenamtliche auch für Übungsleiter gilt. Frau Beier lässt diese Frage im Sachgebiet passive Leistungen klären. Von dem erhöhten Freibetrag, der sog. „Übungsleiterpauschale“ profitieren nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter/in, Ausbilder/in, Erzieher/in, Betreuer/in oder vergleichbare Tätigkeiten. Darunter fallen z. B. auch Übungsleiter/in in Sportvereinen oder nebenberufliche Dozenten/Dozentinnen an Volkshochschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Außerdem bittet er um Abschätzung, wann die erste Zwischenbilanz in Bezug auf das Schlichtungsverfahren gezogen werden könne. Frau Beier verweist darauf, dass es bisher keine eingeleiteten Verfahren und damit auch noch keine Erfahrungswerte gebe. Dr. Seidel möchte dabei sichergehen, dass die Möglichkeit eines Schlichtungsverfahrens jedem Leistungsbeziehenden bekannt ist und nicht nur aus Unwissenheit nicht genutzt werde. Man werde daher zwar keine Verfahren forcieren, aber ausreichend Werbung machen und die Einleitung so einfach wie möglich gestalten. Ein nächster Bericht ergebe schätzungsweise in ca. einem halben Jahr Sinn, damit man etwas validere Erfahrungen habe.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) möchte wissen, warum das Jobcenter Kreis Warendorf den Weg über externe Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler gewählt habe, worauf Frau Beier antwortet, dass das Gesetz die freie inhaltliche Ausgestaltung ermögliche. Man habe geprüft, in wie weit eigenes Personal die Schiedspersonentätigkeit ausführen könnte, habe aber Neutralität und Weisungsfreiheit bestmöglich fördern wollen.

Herr Strübbe (CDU) betont, dass das bisherige Fehlen von Verfahren auch ein Zeichen für die gute Arbeit des Jobcenters sein könnte.

6.	Sachstand zum Antrag der CDU-Kreistagsfraktion "Sprachförderung als Grundlage zur Arbeitsmarktintegration"	149/2023
-----------	---	-----------------

Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Susanne Beier, klärt die Ausschussmitglieder anhand der als **Anlage 6** beigefügten PowerPoint-Präsentation über den aktuellen Sachstand zum Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „Sprachförderung als Grundlage zur Arbeitsmarktintegration“ auf. Aktuell würden die ersten Ukrainerinnen und Ukrainer ihre Sprachkurse abschließen und man müsse nun sehen, wie man diese weitervermitteln könne.

Herr Schulze Westhoff (CDU) dankt für die Darstellung und zeigt sich positiv darüber, dass es offenbar keinen Engpass bei den Sprachkursen mehr gebe. Seine Hoffnungen, die Integration in Mangelberufe zu steigern, seien zwar noch nicht erfüllt worden, er sei diesbezüglich aber zuversichtlich. Herr Bas (B90/Die Grünen) bedankt sich ebenfalls und gibt zu bedenken, dass die Zeit sowohl für die Vermittlung als auch die Akklimatisierung nach der Flucht bisher recht kurz gewesen sei. Das Jobcenter leiste hier gute Unterstützungsarbeit.

Herr Fiedlers (FWG) fragt, in wie weit die Beherrschung der englischen Sprache für die Integration in Berufe genutzt werden könnte, in denen deutsch nicht mehr Alltagssprache sei, z.B. in der IT. Frau Beier erläutert, dass manche Ukrainerinnen und Ukrainer mit sehr sicherem Englisch ankommen würden, diese seien allerdings meist bereits in ihrer Heimat in dem jeweiligen Fachbereich tätig gewesen. Für die meisten scheitere die Vermittlung in einen solchen Beruf am notwendigen Fachvokabular. Auf die Frage von Herrn Bas (B90/Die Grünen), wie es um die Englischkenntnisse des Jobcenterpersonals bestellt sei, gibt Dr. Seidel an, beeindruckt gewesen zu sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten Hemmungen überwunden und bei sprachlichen Lücken auf Handys zurückgegriffen. Auch habe man einige Übersetzungsgeräte beschafft. Alle hätten sich viel Mühe gegeben, sich zu verständigen und das mit positivem Ergebnis.

7.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen "Förderung von Frauen im Handwerk"	169/2023
-----------	--	-----------------

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) führt in den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Förderung von Frauen im Handwerk“ ein und erläutert u.a., dass der Ausdruck „Jede Frau kann Handwerk“ nur bedingt gelebt werde. Grundsätzlich liege der Anteil von Frauen in diesem Bereich nur bei 10 % und sei stark vom Fachbereich abhängig. In kreativen Handwerksberufen sei der Anteil der Frauen größer als der Anteil der Männer, im technischen Handwerk sei es anders herum. Auch gehen die jeweiligen Anteile in der Ausbildung und im Meisterstand weit auseinander. Die Förderung von Frauen sei auch mit Blick auf den Fachkräftemangel und die Teilzeitbeschäftigung mit dadurch entstehenden „Restkapazitäten“ wichtig. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle, gern fraktionsübergreifend, an diesem Thema arbeiten. Deshalb hänge sie auch nicht am Wortlaut des Antrags, sondern habe das Thema platzieren und damit vorantreiben wollen.

Herr Kocker (SPD) und Herr Fiedlers (FWG) sind der Meinung, dass der Antrag sowohl für eine Beratung im Vorfeld der AWiG-Sitzung als auch die Berichterstattung durch die Verwaltung im Kreistag am 20.10.2023, wie im Beschlussvorschlag Nr. 7 verlangt, zu kurzfristig gestellt worden sei. Sie beantragen daher die Vertagung.

Herr Schulze Westhoff (CDU) hingegen sieht allgemein keine Notwendigkeit für die in dieser Form beantragte Prüfung. Im Kreis Warendorf sei das Ausbleiben von Bewerberinnen und Bewerbern das Hauptproblem und man müsse eine geschlechterübergreifende Nachwuchsförderung einrichten. Außerdem würde er sich zuvor eine Darstellung der aktuellen Lage durch Herrn Tischner von der Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf wünschen. Auch Herr Schubert (CDU) attestiert, dass die dem Antrag zugrundeliegende Situation so nicht auf den Kreis Warendorf zutrefe.

Die Sozialdezernentin, Dr. Anna Arizzi Rusche, erläutert, dass das Thema Frauenförderung ein Querschnittsthema sei, das sich nicht nur auf das Handwerk beschränken lasse. Auch die Industrie müsse beleuchtet werden. Es gebe viele Projekte von verschiedenen Ämtern der Kreisverwaltung und der Gleichstellungsbeauftragten wie auch von externen Trägern, nicht zuletzt der gfw, der IHK und der Kreishandwerkerschaft. Im ersten Schritt sei es notwendig, sich einen Überblick über die Sachlage und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verschaffen. Dafür schlägt sie vor, das Thema auf die nächste Tagesordnung des AWiG zu setzen und den Ausschuss quasi als „runden Tisch“ zu nutzen. Es sollen Vertreterinnen und Vertreter der gfw, der Kreisverwaltung und insb. der Kreishandwerkerschaft berichten.

Herr Kocker (SPD), Herr Bas (B90/Die Grünen) und Herr Schulze Westhoff (CDU) erklären, dieses Vorgehen zu unterstützen. Herrn Bas (B90/Die Grünen) zieht daraufhin den Antrag zurück.

Beschlussvorschlag:

Auf die im Antrag vom 19.08.2023 aufgeführten Beschlussvorschläge wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: Antrag zurückgezogen

Die Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden, wünscht ihnen einen guten Tag und beendet die Sitzung um 10:37 Uhr.

Elisabeth K. Hollenhorst
Vorsitzende

Dr. Anna Arizzi Rusche
Schriftführerin